

Konferenzbericht / Conference Report

Die Zukunft der Stadt: Mega-Cities in Asien

München, 12.–13. November 2006

Gibt es ein „Recht auf die Stadt“, auch wenn dieses zum weiteren rasanten Wachstum von Mega-Cities beiträgt? Lassen sich diese, einem rasanten Umbruch unterworfenen Gebilde mit herkömmlichen Ansätzen von Governance überhaupt noch steuern? Und welchen Beitrag kann die Entwicklungshilfe leisten, um den Menschen zu helfen, die am sozialen Rand dieser Wachstumszentren leben? Diese Fragen standen im Mittelpunkt des VII. Roundtable-Workshops der BMW-Stiftung Herbert Quandt zum Thema „Die Zukunft der Stadt: Mega-Cities in Asien“.

Die Statistiken sagen für dieses Jahr einen Wendepunkt voraus, der den rapiden Umbruch in der Urbanisierungsdynamik klar vor Augen führt – den *global urban turn*: Erstmals werden weltweit mehr Menschen in Städten als auf dem Land leben. Die höchsten Wachstumsraten weisen dabei die Mega-Cities in Afrika und Asien mit einem jährlichen Bevölkerungswachstum von mehr als fünf Prozent auf – berücksichtige man die Schätzungen für die illegale Migration, könne diese Rate in China auch bis zu acht Prozent betragen, wie Frauke Kraas, Professorin für Anthropogeographie an der Universität Köln, den enormen Wachstumsschub bezifferte.

Dass es sich hierbei um eines der zentralen Gegenwartsthemen handele, zeige sich auch daran, dass die Zahl der Mega-Cities mit mehr als fünf Millionen Einwohnern¹ im Jahr 2015 von derzeit 39 auf 59 ansteigen soll – zwei Drittel davon werden in Entwicklungsländern liegen. Diese sind von den zahlreichen damit einhergehenden Herausforderungen von der Trinkwasserversorgung über den drohenden Verkehrskollaps samt Umweltbelastung bis hin zum rasanten Wachstum von Slums und unkoordinierter Erschließung weitgehend überfordert. So droht diesen Zentren, die die Größe

¹ Die Definition einer Mega-City schwankt zwischen fünf und zehn Millionen Bewohnern; setze man die Schwelle bei fünf Millionen Einwohnern an, so Kraas, so habe dies den Vorteil, dass auch die sogenannten „emerging Mega-Cities“ berücksichtigt würden.

und Wirtschaftskraft von Nationalökonomien erreichen – in Bangkok z. B. werden rund 70 Prozent des thailändischen Steueraufkommens und des BSP erwirtschaftet –, die Unregierbarkeit.

Wo herkömmliche Governance-Ansätze nicht mehr greifen, füllen oft informelle Strukturen das Vakuum. Dass dies keine grundsätzlich negative Entwicklung sein muss und eine Neubewertung der Informalität lohnenswert wäre, zählte zu den Ergebnissen der Quandt-Tagung. Diese Informalität könne zwar auch zu mafiösen Strukturen beitragen, wie Jürgen Rüländ, Professor am mitveranstaltenden Seminar für Wissenschaftliche Politik der Universität Freiburg zu bedenken gab; im besten Falle stellt sie aber eine Form von Selbstorganisation dar, die in Bereichen Strukturen schafft, in denen der Staat schlicht nicht präsent ist.

Als gelungenes Beispiel nannte Peter Herrle, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Duisburg-Essen, den Zusammenschluss der *pavement dwellers* im indischen Mumbai, aus dem im Jahre 1985 die National Slum Dwellers Association hervorging und elf Jahre später ein internationales Netzwerk, Slum Dwellers International. Durch ihr gewaltiges Mobilisierungspotential und die Zusammenarbeit mit NGOs konnte sie erreichen, dass für Investoren ökonomische Anreize entstehen, Wohnraum für Slumbewohner zu schaffen. Gerade in der Förderung solcher Selbstorganisationsprozesse sah Rüdiger Korff, Professor für Südostasienskunde an der Universität Passau, ein Einsatzgebiet der deutschen Entwicklungshilfe auf der Graswurzel-Ebene.

Auf der staatlichen Ebene müsse die Entwicklungszusammenarbeit für einen *people first approach* werben, forderte Frauke Kraas. So sei in den asiatischen Megastädten ein gemeinwohlorientiertes Planungsverständnis nur selten vorzufinden, vielmehr werde dort von der Infrastruktur und Flächennutzung her gedacht. Einen Sonderfall beleuchtete Thomas Heberer, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Duisburg-Essen: In China versuche die Regierung durch die Einrichtung von Nachbarschaftskomitees „Gemeinschaftssinn von oben“ zu stiften. Und in Bangkok werde nach einer schier endlosen Saga endlich auch der öffentliche Nahverkehr ausgebaut, berichtete Detlef Kammeier, Emeritus am Asian Institute of Technology, Bangkok.

In den meisten asiatischen Mega-Cities würden aber allenfalls die Interessen der rund 20 Prozent Bewohner, die zum Steueraufkommen beitragen, berücksichtigt, gab Erhard Berner, Associate Professor of Development Sociology, Institute of Social Studies, Den Haag, zu bedenken: „Mega-Cities sind exklusive Zitadellen, die einen erheblichen Teil der Bevölkerung ausschließen.“ In Bereichen wie der Förderung der Modernisierung oder der

Zerstörung von günstigem Wohnraum würden nur die Interessen der wirtschaftlich relevanten Minderheit berücksichtigt. Rüdiger Korff verwies auf eine Schätzung, wonach die Zahl der *replaced persons* durch Entwicklungsprojekte global der Zahl der Bürgerkriegsflüchtlinge entspreche. Als Folge seien, so Berner, Städte wie Sao Paulo oder Dhaka nicht nur fragmentiert, sondern regelrecht zerrissen und befänden sich in einem Bürgerkrieg.

Sozialen Zündstoff stellen für Dieter Läßle, Professor für Stadtplanung an der Technischen Universität Hamburg-Harburg, auch die „offensichtlichen Apartheidsysteme“ in Städten wie Shanghai dar: Deren Bauboom werde erst auf dem Rücken einer *floating population* von fünf Millionen weitgehend rechtlosen Wanderarbeitern ermöglicht. Ein Phänomen, das Frauke Kraas auch im chinesischen Pearl River Delta ausmacht, das mit 48 Millionen Einwohnern zahlenmäßig längst die Größe eines Nationalstaates erreicht habe. Auch hier profitierten kurzfristig agierende *agile firms* und *breathing companies*, die je nach Auftragslage informell hunderttausende Arbeitskräfte binden und wieder entlassen können, von dieser geduldeten Migration – und entzögen sich somit oft jeder Regier- und Steuerbarkeit.

Stefan Rother